

IW-Kurzbericht 36/2018

Bundestagswahl 2017: AfD-Ergebnis nicht allein durch abgehangene Regionen erklärbar

Knut Bergmann / Matthias Diermeier / Judith Niehues

Neben der Beschäftigungsquote im Produzierenden Gewerbe lassen sich regional nur wenige eindeutige Determinanten für ein starkes Abschneiden der AfD identifizieren. Seit der Parteigründung haben sich die Einkommen ihrer Anhänger zwar verringert, trotzdem sind diese noch immer breit über alle Einkommensbereiche verteilt. Damit bieten sie nach wie vor keinen nennenswerten Erklärungsbeitrag für die Zustimmung zur AfD.

Bei der Suche nach Erklärungen für den Erfolg der AfD standen bei der Bundestagswahl die spezifische Einkommens- und Schichtstruktur ihrer Wähler („Prekarisierungshypothese“) sowie der Einfluss strukturschwacher Regionen im Fokus der Diskussion. Deren Stimmigkeit widmen sich Bergmann et al. (2018) in einem Beitrag, dessen Kernergebnisse im Folgenden referiert werden.

Die Analyse der sozio-ökonomischen Merkmale von AfD-Anhängern anhand der verfügbaren Mikrodaten erlaubt kaum eindeutige Aussagen. Zwar zeigen alle Datensätze eine Verringerung der Einkommen beim Übergang von einer eurokritischen zu einer rechtspopulistischen Partei; Zeitpunkt und Ausmaß der Verschiebung unterscheiden sich in den Befragungssätzen allerdings deutlich. Die Gesamtschau lässt vermuten, dass AfD-Anhänger mit Blick auf ihre Einkommen nahezu

einen Querschnitt der Gesellschaft abbilden, mit einem leicht stärkeren Abschneiden in der unteren Einkommensmitte.

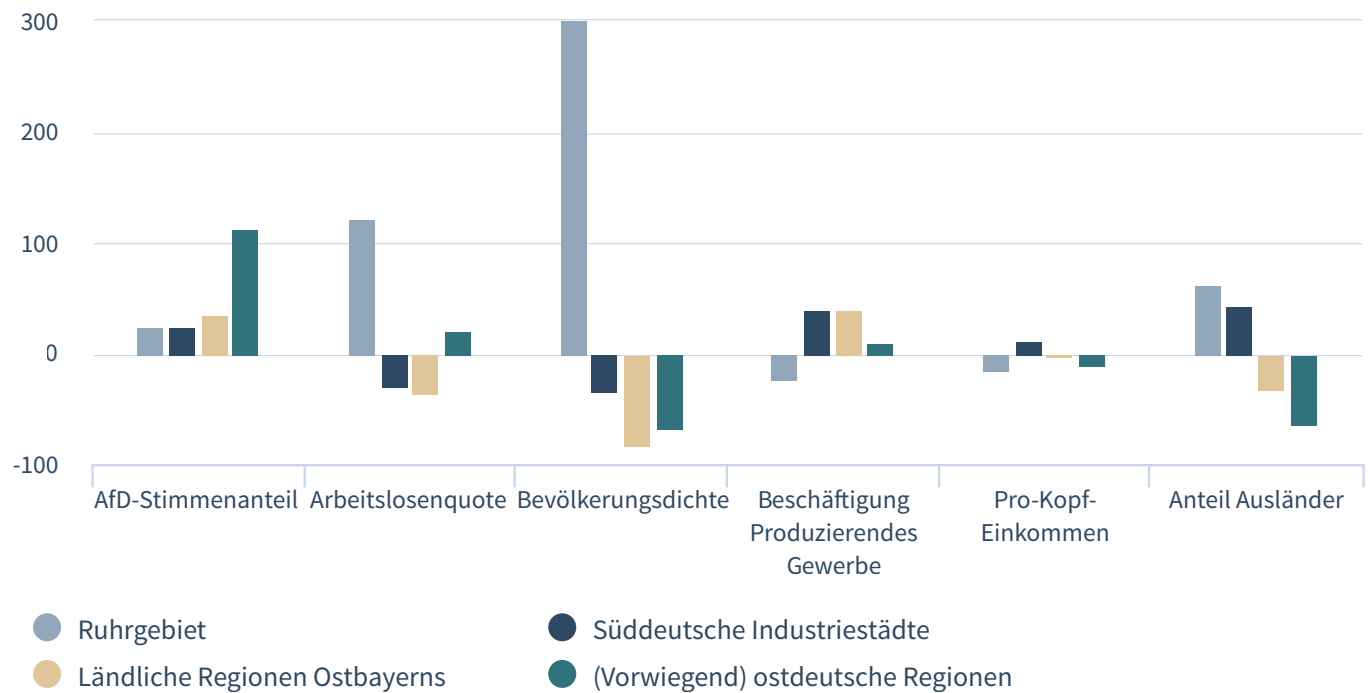
Gemäß der Online-Befragung der German Longitudinal Election Study (GLES) verfügen beispielsweise 23,6 Prozent der AfD-Anhänger über monatliche Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1.500 und 2.000 Euro – gegenüber 19,4 Prozent unter allen Wahlberechtigten. Aber selbst in höheren Einkommensbereichen bekennen sich im Jahr 2016 zahlreiche Menschen zur AfD: 16,8 Prozent der AfD-Anhänger verfügen über ein Haushaltsnettoeinkommen von über 4.000 Euro – gegenüber 18,1 Prozent unter allen Wahlberechtigten.

Einheitlich über alle Mikrodatensätze zeigt sich, dass die AfD überdurchschnittlich – und zunehmend – bei Arbeitern punkten konnte. In der GLES-Vorwahlbefragung erreichte der entsprechende Anteil der AfD-Anhänger mit 23,5 Prozent seinen Höchststand – ein beinahe dreimal so hoher Anteil gegenüber den übrigen Wahlberechtigten. Da die Gruppe der Angestellten allerdings deutlich größer ist, stellten diese auch in der GLES-Vorwahlbefragung immer noch den größten Anteil der AfD-Anhänger.

Die großen Unterschiede zwischen den Mikrodatensätzen werfen grundsätzlich die Frage auf, ob sich die

Abweichung der AfD-Hochburgen zum deutschen Durchschnitt

in Prozent



Ungewichteter Durchschnitt ohne Thüringen und die Wahlkreise mit fehlenden Angaben bei der Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe, sowie ohne die Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen.
Quelle: Bundeswahlleiter, eigene Berechnungen

Wählerstruktur anhand von Befragungsdaten unverzerrt ermitteln lässt. Amtliche Daten liegen lediglich über die Anzahl der AfD-Wähler in den 299 Wahlkreisen vor. Danach kann die AfD besondere Erfolge in Regionen mit stark gesunkener Arbeitslosigkeit verzeichnen. Dieser zunächst überraschende Zusammenhang geht jedoch allein auf das stark überdurchschnittliche Abschneiden in den Neuen Bundesländern zurück, wo die Arbeitslosigkeit zuletzt deutlich zurückgegangen ist.

Rechnet man die durchschnittlichen Unterschiede zwischen den Bundesländern heraus und untersucht nur, wie sich eine im Vergleich zum übrigen Bundesland über- oder unterdurchschnittliche Veränderung der Arbeitslosigkeit auswirkt, geht ein Anstieg mit einem stärkeren Abschneiden der AfD einher. Steigt die Arbeitslosigkeit um einen Prozentpunkt stärker als im Durchschnitt des Bundeslandes an, liegt der AfD-Stimmanteil bei ansonsten vergleichbaren Bedingungen um 0,052 Prozentpunkte höher.

Ebenso zeigt sich ein Urbanisierungseffekt: Eine höhere sowie zunehmende Bevölkerungsdichte hat in allen

Spezifikationen einen mindernden Einfluss auf das AfD-Ergebnis. Hier deutet sich an, dass die AfD besonders in Regionen punkten konnte, die vom Bevölkerungsschwund betroffen sind. Sehr robust zeigt sich auch, dass die AfD in Wahlkreisen mit einem hohen Beschäftigungsanteil im Produzierenden Gewerbe überproportional stark mobilisieren konnte. Dies gilt unabhängig von der Veränderung seit der letzten Bundestagswahl.

Einen weiteren Evaluationsansatz bietet eine Clusteranalyse, mit der sich ermitteln lässt, welche Gemeinsamkeiten die AfD-Hochburgen in West- und Ostdeutschland aufweisen. Beispielhaft wird die Clusteranalyse für die jeweils 15 Wahlkreise West- und Ostdeutschlands mit dem stärksten AfD-Ergebnis durchgeführt. Als Untersuchungsvariablen werden wiederum die Arbeitslosigkeit, das verfügbare Einkommen, der Beschäftigungsanteil im Produzierenden Gewerbe sowie der Anteil von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit als Niveau, als Abweichung vom jeweiligen Länderdurchschnitt und als Veränderung seit der letzten Bundestagswahl verwendet. Zusätzlich wird die Veränderung der Wahlbeteiligung berücksichtigt.

Im Ergebnis stehen vier Cluster von AfD-Hochburgen, die vor allem durch die Niveaus der (standardisierten) Variablen bestimmt werden (Grafik). Das erste Cluster bildet die AfD-Hochburgen des Ruhrgebiets ab und ist durch eine im Vergleich zum Bundesdurchschnitt stark überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, eher unterdurchschnittliche Einkommen sowie eine hohe Bevölkerungsdichte gekennzeichnet. Im Zeitablauf haben sich die Indikatoren eher negativ entwickelt, weswegen sich die Regionen dieses Clusters in praktisch allen Dimensionen als strukturschwach charakterisieren lassen.

Gänzlich gegensätzlich zeigt sich das zweite Cluster der westdeutschen Industriestädte im wohlhabenderen Süddeutschland, das in nahezu allen Punkten überdurchschnittliche wirtschaftliche Charakteristika aufweist – beispielsweise ein um knapp 12 Prozent höheres Pro-Kopf-Einkommen als der Bundesdurchschnitt. Heilbronn, mit deutlich überdurchschnittlichen Einkommen und unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit ist ein besonders markanter Vertreter dieses Clusters, in dem sich der AfD-Erfolg kaum aufgrund von Strukturschwäche erklären lässt.

Ins dritte Cluster lassen sich ländliche Regionen Ostbayerns einsortieren, die zwar im bundesweiten Vergleich kaum als strukturschwach zu bezeichnen sind – im isolierten Vergleich zum wirtschaftlich starken Bayern allerdings durchaus unterdurchschnittlich abschneiden.

Zuletzt finden sich vor allem die ostdeutschen AfD-Hochburgen zusammen, die zwar im bundesdeutschen Vergleich über eine höhere Arbeitslosigkeit und geringere Durchschnittseinkommen verfügen, aber in der Vergangenheit – abgesehen vom Bevölkerungsrückgang - eher eine positive Entwicklung durchlaufen haben.

Die einzige Region, die in nahezu allen Dimensionen als „abgehängt“ erscheint – die AfD-Hochburgen des Ruhrgebiets – unterscheidet sich am deutlichsten von den anderen Clustern. Deshalb ist der plakative Verweis auf das Ruhrgebiet als Beleg für das gute Abschneiden der AfD in den „deutschen Armenhäusern“ unangemessen, da von den 55 westdeutschen Wahlkreisen mit einem AfD-Ergebnis oberhalb des bundesdeutschen Durch-

schnitts lediglich vier Wahlkreise in NRW liegen. Die Änderung der Wahlbeteiligung deutet darüber hinaus auf eine unterdurchschnittliche Wählermobilisierung in diesen sozialschwachen Gebieten hin – die Wahlbeteiligung in den AfD-Hochburgen NRWs gehört noch immer zu den geringsten in Westdeutschland. Insgesamt gehen weniger als 70.000 AfD-Zweitstimmen auf das Konto der vier AfD-Hochburgen in NRW (von insgesamt rund 1,2 Millionen AfD-Zweitstimmen in den 55 westdeutschen Wahlkreisen mit überdurchschnittlichem AfD-Ergebnis).

Selbst wenn man den Blick über die Cluster hinaus weitet lässt sich das AfD-Ergebnis nicht primär durch Erfolge in strukturschwachen Regionen erklären. Definiert man wahlweise das Drittel der westdeutschen Kreise mit der höchsten Arbeitslosigkeit oder dem geringsten durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen als sozialschwache Regionen, stellen diese jeweils nur rund 30 Prozent der gesamten AfD-Zweitstimmen Westdeutschlands – ein unterdurchschnittlicher Beitrag gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten. Allein durch wirtschaftliche Schwäche lässt sich der regionale Erfolg der AfD nicht erklären. Als ausschlaggebend für einen AfD-Wahlentscheid sind vielmehr kulturhistorische, soziokulturelle oder soziopsychologische Ursachen zu vermuten. Deren Analyse im jeweils kleinteiligen Mikrokosmos stellt die grundlegende Herausforderung an die zukünftige Forschung dar.

Literatur

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2018, Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg., Heft 2, im Erscheinen